Hartmut Lohmann

ARCHITEKTUR DER MACHT
– Globale Strategien des Zionismus –
Sachbuch
2026

6. Kapitel
Zauberer der Zentralbanken
– Zionisten und Nationalsozialisten –

Der Zionismus ist die politische Realisierung einer religiösen Verheißung. Aus der Prophetie des *Tanach* wurde eine Agenda, aus dem Leitstern des ›*verheißenen Landes*‹ ein geopolitisches Programm. Damit wurde eine theologische Erwartung in politische Programme übersetzt. Hier beginnt bereits das Problem. Wenn eine politische Ordnung sich als absolut setzt und sich jeder Korrektur entzieht, entsteht eine strukturelle Nähe zu autoritären oder totalitären Systemen. Mit der Resolution 3379 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1975 den Zionismus ausdrücklich zu einer ›*Form von Rassismus und rassischer Diskriminierung*‹. Erst 1991 nahm sie diese Entscheidung wieder zurück.

Der jüdische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein, dessen Eltern Überlebende des Holocaust waren, zählt zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik; in seinem Buch *The Holocaust Industry* argumentiert er, dass die Erinnerung an den Holocaust politisch instrumentalisiert werde, und schreibt: ›*Die Erinnerung an den Holocaust darf nicht benutzt werden, um jede Kritik an Israel moralisch zu delegitimieren.*‹ Ebenfalls schrieb er: ›*Israel hat den Gazastreifen in das größte Freiluftgefängnis der Welt verwandelt.*‹ Mit Finkelstein wurde der Ausdruck ›Gaza das Freiluftgefängnis‹ zu einem geflügelten Wort.

Der israelische Journalist Gideon Levy schrieb: ›*Israel ist keine Demokratie, die vorübergehend ein anderes Volk besetzt. Es ist ein Besatzungsregime, das manchmal wie eine Demokratie aussieht.*‹

Diesen kritischen Stimmen aus Israels eigenen Reihen zeigen: Verbrechen

müssen benannt werden; Kritik muss erlaubt sein. Sobald sich ein Staat – oder eine politische Bewegung – auf göttliche Zusage beruft, verschiebt sich die Legitimation. Politik wird nicht mehr ausschließlich durch Mehrheiten, Recht und Revision getragen, sondern durch den unantastbaren, löschungsresitenten Anspruch einer metaphysische Wahrheit. Der Zionismus tarnt sich als politisches Programm, aber handelt im Namen einer göttlichen Ordnung. Das macht die Entscheidungen des Zionismus unangreifbar und damit gefährlich.

Die Trennung von Religion und Staat ist keine antireligiöse Idee, erst Recht keine antisemitische, sondern eine zivilisatorische Notwendigkeit. Der Rechtsstaat lebt davon, dass jede Norm diskutierbar, jede Regierung abwählbar, jede Entscheidung korrigierbar bleibt. Eine religiös aufgeladene Staatsräson[1] entzieht sich jeder Rechtfertigung. Kritik wird zum Angriff auf das Allerheiligste, Opposition zum Widersacher Gottes – also als teuflisch –, und jede Debatte wird als Widerstand gegen den göttlichen Plan diskreditiert. Hier sehe ich erneut das schwarz-weiße Denkmuster, das ich psychologisch als ›unreif‹ bezeichnen muss.

Christliche Zionisten haben nachweislich Einfluss auf die US-Außenpolitik ausgeübt und sie pro-israelisch sowie anti-islamistisch gefärbt. Religiöse Narrative wirken nicht länger im privaten Bibelkreis, sondern dringen bis in den ›*Situation Room*‹ des Weißen Hauses vor. Theologie wird zur geopolitischen Strategie, die Landkarten neu zeichnet.

Auch die originären Zionisten handelten nicht rein passiv oder defensiv. Wenn eine Bewegung überzeugt ist, eine Verheißung verwirklichen zu müssen, durchdringt sie der aktive Gestaltungswille. Kriminologisch betrachtet konkludieren Tatmotiv, Tatmittel und Tatort.

Das Tatmotiv ist ein endzeitlich verstandener Herrschaftsanspruch. Die Tatmittel, also die Waffen, sind militärische Vorherrschaft und Geheimdienste wie NSA und *Mossad*. Die Tatorte sind die Konflikte und Kriege der vergangenen hundert Jahre, bis hin zu aktuellen Eskalationen mit dem Iran.

Ein Staat, der seine Politik aus religiöser Offenbarung ableitet, entzieht sich der Kontrolle; ein Zustand, der an Wahn, an Psychose erinnert. Wo göttlicher Auftrag über weltliches Recht gestellt wird, verliert das Gesetz seine

1 Staatsräson meint das existenzielle Eigeninteresse eines Staates, seinen Schutz als vorrangig gegenüber allen anderen Erwägungen zu betrachten. Sie rechtfertigt staatliches Handeln mit dem Argument der Selbsterhaltung. Wird Staatsräson über Recht und Verfassung gestellt, kann sie in autoritäre oder totalitäre Regime kippen, wenn sie nicht strikt an rechtsstaatliche Grenzen gebunden bleibt. Dies ist weltweit bereits der Fall.

Autorität. Demokratie, Aufklärung – alles, wofür der Westen steht – wird zum Feindbild erklärt und systematisch demontiert. Ein neo-feudaler Kapitalismus kann dann nahtlos in einen theokratischen Feudalismus übergehen; der digitale Überwachungsstaat fügt sich nahtlos in einen totalitären Zentralismus, in dem Israel das Geschick der Welt lenkt.

Zur Erinnerung: Israel soll zum Zentrum der Welt werden, sein König zum Herrscher der Welt. Die Vision ist ein ›*Pax Judaica*‹, einer Weltordnung unter israelischer Vorherrschaft, ähnlich der ›*Pax Americana*‹ heute.

Meine Forderung bleibt klar: Endzeit-Prophetie gehört in die abstrakte Sphäre des Glaubens, nicht in eine Bunker- oder Kommandozentrale. Der Westen muss sich – mit allem, was ihm bleibt – seinem eigenen Niedergang entgegenstellen. Religiöses Statusdenken, in dem jeder den besseren Glauben, den mächtigeren Gott, den längeren Atem reklamiert, ist nichts anderes als primitives, territoriales Affen-Gebrüll. Geht es um das Überleben der Menschheit, dürfen wir uns nicht von spiritueller Besserwisserei in den Abgrund treiben lassen.

Auffällig ist die Kontinuität, mit der Israel militärische Innovation vorantreibt. Von kompakten Handwaffen bis zu komplexen Abwehrsystemen zeigt sich eine technologische Dynamik, die international Maßstäbe setzt. Von der Uzi, einer kompakten Maschinenpistole, über militärische Aufklärungssatelliten und sogenannte Kamikaze-Drohnen bis hin zum ›*Iron Dome, Golden Dome*‹ oder ›*Davids Schleuder*‹. Je tiefer man in diese Materie eintaucht, desto deutlicher wird: Israel nimmt eine weltweite Spitzenposition in Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Spionagetechnologie und digitaler Überwachung ein.

Dieses technologische Gewicht ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer gezielten, eng ineinander greifenden Strategie von Staat, Militär, Geheimdiensten und Hightech-Industrie. All dem was ich ›*militärisch-finanzieller-Komplex*‹ nenne. Israel weist eine der höchsten Dichten an KI-Fachkräften auf und gehört zu den führenden Nationen in Forschung und Entwicklung künstlicher Intelligenz. Die Regierung investiert massiv in diese Zukunftstechnologien, etwa durch nationale KI-Programme und den Aufbau leistungsfähiger Rechenzentren. Das Ziel ist ein globaler Überwachungsstaat; gestützt auf künstliche Intelligenz, Digital ID und CBDCs, programmierbare Kryptowährungen der Zentralbanken. Was ein Jahrhundert lang als Verschwörungstheorie galt, wird vor unseren Augen Realität.

Die enge Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und israelischen Geheimdiensten kann nicht länger geleugnet werden. Der US-Geheimdienst NSA und der israelische Geheimdienst *Mossad* arbeiten symbiotisch zusammen. Die Beziehung dieser Allianz wurde im Iran-Krieg 2026 deutlich. Israel gab die Ziele vor, die von den USA bombardiert wurden.

Wo religiöse Endzeit-Strategien auf finanzielle Machtzentren treffen, entsteht eine Dynamik, in der militärische Auseinandersetzung unausweichlich werden. Das Imperium USA wird gesteuert wie ein hochkomplexes Waffensystem das Israel entwickelt hat.

Und wo der Dritte Weltkrieg ein Religionskrieg ist, müssen vielleicht auch die ersten beiden Weltkriege als Religionskriege gedeutet werden. Panzer, Flugzeuge, Treibstoff, Stahl, Chemie, Kommunikation, alles verlangt Kapital, Kredit und langfristige Finanzierung. Ohne Zentralbanken, Versicherungen und Investoren kann keine moderne Kriegswirtschaft funktionieren. Konflikte erzeugen gigantische staatliche Ausgaben. Regierungen verschulden sich, Industrien expandieren, neue Technologien entstehen. Für Unternehmen der Rüstungs-, Energie- und Rohstoffbranche bedeutet Krieg eine steigende Nachfrage. Für Banken entstehen neue Kreditmärkte und staatlich abgesicherte Finanzströme.

Die berühmte *Balfour Declaration* richtete sich an Walter Rothschild, 2nd Baron Rothschild, einen führenden Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Großbritannien. Am 2. November 1917 schrieb der britische Außenminister Arthur James Balfour diesen kurzen politischen Brief an Walter Rothschild. Er sollte ihn an die zionistische Bewegung weiterleiten.

Der entscheidende Satz darin lautet:

›Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, um die Verwirklichung dieses Zieles zu erleichtern.‹

Der Brief entstand mitten im Erster Weltkrieg 1917. Großbritannien dachte bereits über die politische Neuordnung des Nahen Ostens nach, falls das Osmanische Reich zusammenbrechen sollte. Ein Teil der britischen Führung hoffte, dass eine Unterstützung des Zionismus Sympathien in jüdischen Kreisen stärken würde, besonders in den Vereinigten Staaten und im revolutionären Russland. Böse Zungen behaupten, jüdische Eliten hätten Großbritannien politische Unterstützung im Krieg zugesichert und im

Gegenzug Palästina erhalten.

Die Balfour-Erklärung war kein Vertrag und keine Übergabe von Territorium. Sie war eine politische Zusage einer Regierung, die über das betreffende Gebiet noch gar keine Herrschaft ausübte. Ihre tatsächliche Wirkung entstand erst später, als der Völkerbund den Inhalt der Erklärung in das Mandat für Palästina übernahm.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg war die deutsche Industrie tief in internationale Finanz- und Technologiebeziehungen eingebunden.

Eine Schlüsselrolle beim finanziellen Aufstieg des NS-Staates spielte Hjalmar Schacht. Schacht war kein provinzieller Parteifunktionär, sondern ein international vernetzter Zentralbanker. Noch vor der NS-Zeit gehörte er zum inneren Zirkel der globalen Hochfinanz. Er spielte beim *Dawes-Plan*[2] und beim *Young-Plan*[3] eine zentrale Rolle. Beide Programme überwiesen große Kredite, vor allem von Banken wie *J.P. Morgan & Co*., nach Deutschland, um die Reparationszahlungen aus dem Ersten Weltkrieg abzusichern. Aufgrund dieser Verhandlungen arbeitete Hjalmar Schacht eng mit amerikanischen und britischen Großbanken zusammen und wurde zu einer bekannten Figur. Er war der ›Regenmacher‹[4] der internationalen Zentralbänker.

Schacht reiste regelmäßig zu Treffen führender Banken und Notenbanken, besonders im Umfeld der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* (BIZ) in Basel. Diese Institution diente schon damals als Koordinationszentrum der großen Zentralbanken Europas und der USA zur Abwicklung der Reparationszahlungen aus dem Ersten Weltkrieg. Vertreter der *Federal Reserve* (Fed), der *Bank of England* (BoE) und anderer großer Notenbanken trafen sich hier regelmäßig am runden Tisch. In diesen Kreisen war Schacht hervorragend vernetzt und galt als einer der einflussreichsten Finanzexperten seiner Zeit.

Er wurde zum Architekten der NS-Macht und entwarf den finanziellen

2 *Dawes-Plan* (1924): Internationaler Finanzplan zur Neuordnung der deutschen Reparationszahlungen; getragen von großen amerikanischen Bankhäusern, die Deutschland umfangreiche Kredite gewährten, um die Reparationsströme an die Siegermächte zu sichern und zugleich eigene Finanzforderungen abzusichern.

3 *Young-Plan* (1929): Nachfolgeabkommen des Dawes-Plans; legte die Reparationszahlungen langfristig fest und band sie enger an das internationale Finanzsystem, während Banken und Gläubigerstaaten ihre Ansprüche institutionell absicherten; in diesem Zusammenhang entstand die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zur technischen Organisation der Zahlungen.

4 *Regenmacher:* Bezeichnung der Finanzwelt für eine Person, die durch Einfluss und Kontakte große Geschäfte oder Kapitalströme zustande bringt.

Bauplan der deutschen Wiederaufrüstung. Sein Meisterstück waren die sogenannten *Mefo-Wechsel*. Über eine eigens geschaffene Scheinfirma – die *Metallurgische Forschungsgesellschaft* (MEFO) – ließ Schacht Rüstungsaufträge finanzieren, ohne dass sie im Staatshaushalt sichtbar wurden. Ein finanzieller Hütchenspieler-Trick, der Schulden verschwinden und Bargeld auftauchen ließ. Die Wechsel wurden von den Banken akzeptiert und von der Reichsbank garantiert. Auf diese Weise entstand ein gewaltiges Schneeballsystem verdeckter Kredite. Milliarden für die Aufrüstung wurden mobilisiert. Die Schulden sollten erst in der Zukunft eingelöst werden, durch Expansion, durch die Rohstoffe fremder Länder, kurz: durch Kriegsbeute.

Hjalmar Schachts Finanzinstrument machte die rasante militärische Aufrüstung der 1930er Jahre überhaupt erst möglich. Schacht war ein Zauberer der Finanzwelt. Mit internationaler Finanzmagie zog er riesige Vermögen aus dem Zylinder und erschuf ein Pyramidensystem, einen Kredit, der nur durch Krieg abbezahlt werden konnte. Die *Mefo-Wechsel* waren eine getarnte Kriegsanleihe. Sie demonstrieren Finanzsysteme sind Massenvernichtungswaffen. Die Geldschöpfung durch Kredit ist so mächtig, dass sie nicht in die Hände von Zentralbankern gehört. Zumal diese nie demokratisch gewählt wordensind.

Paul Warburg sei genannt. Der deutsch-amerikanische Bankier spielte eine maßgebliche Rolle bei der Ausarbeitung des *Federal-Reserve-Systems*. Er entstammte einer der jüdischen Bankiersfamilien und brachte die Erfahrungen des kontinentalen Zentralbankwesens in die amerikanische Finanzarchitektur ein. Sein Bruder Felix Warburg, Partner des Bankhauses *Kuhn, Loeb & Co.,* engagierte sich aktiv für den Zionismus und unterstützte die zionistische Bewegung. Auch Winston Churchill unterstützte das Konzept der jüdischen Heimstätte, versuchte jedoch, Konflikte mit der arabischen Bevölkerung zu begrenzen.

Die internationale Industrie war vor dem Krieg extrem verflochten. Nationale Rivalitäten spielten in vielen Geschäftsbeziehungen eine geringere Rolle als wirtschaftliche Interessen. Strategische Technologien wurden von globalen Kartellen kontrolliert. In den 1930er- und 1940er-Jahren galt *IG Farben* als der mächtigste Chemiekonzern der Welt. Das Unternehmen vereinte große Teile der deutschen Chemieindustrie und kontrollierte tausende Patente. Darunter synthetische Treibstoffe, Kunststoffe, Pharmazeutika und Sprengstoffe.

Seine wirtschaftliche Macht war so groß, dass einige Historiker *IG Farben* als

»*industriellen Staat im Staat*« bezeichneten. Der Konzern unterhielt ein weltweites Netzwerk von Lizenz- und Kartellabkommen mit internationalen Unternehmen, darunter auch mit dem Rockefeller-Konzern *Standard Oil,* und spielte zugleich eine zentrale Rolle beim Aufbau der deutschen Kriegswirtschaft. Gleichzeitig war *IG Farben* tief in das System der Zwangsarbeit eingebunden und betrieb bei Auschwitz das Werk *Monowitz*, das seine Arbeiter aus dem Konzentrationslage bezog. Über die Tochterfirma *Degesch* lieferte der Konzern zudem *Zyklon B*, das in den Gaskammern der Vernichtungslager eingesetzt wurde.

Die industrielle Grundlage dieser Produktion entstand nicht isoliert. Der amerikanische Ölkonzern *Standard Oil of New Jersey*, Teil des Rockefeller-Imperiums, unterhielt damals enge Patent- und Technologieabkommen mit *IG Farben.* Im Zentrum standen Verfahren zur Herstellung synthetischer Treibstoffe aus Kohle sowie chemische Prozesse für Hochleistungsbenzine. Besonders wichtig war das Antiklopfmittel Tetraethylblei. Es machte leistungsstarke Flugmotoren möglich und erhöhte die Reichweite moderner Bomber. Ohne synthetische Treibstoffe, Buna-Kautschuk und Hochleistungsbenzin hätte die deutsche Kriegsmaschine weit weniger leisten können.

Der Aufstieg des NS-Staates war nicht nur ein politisches Ereignis. Er war auch ein wirtschaftliches Projekt, getragen durch die globale Großindustrie, Zentralbanken und internationalen Kapitalverbindungen. Eine zentrale Figur in der Frühphase war der deutsche Großindustrielle Fritz Thyssen. Bereits Anfang der 1920er-Jahre unterstützte er Adolf Hitler und die NSDAP finanziell. Thyssen stellte Geld für Parteiarbeit und Propaganda zur Verfügung. In seinen späteren Erinnerungen, bekannt unter dem Titel *I Paid Hitler*, schilderte er selbst diese frühe Unterstützung. Die politische Finanzierung Hitlers durch Thyssen gilt in der historischen Forschung als gesichert.

In den Vereinigten Staaten verwaltete die *Union Banking Corporation* Vermögenswerte aus dem Umfeld des Industriellen Fritz Thyssen. Zu ihren Direktoren gehörte Prescott Bush, der Vater des späteren US-Präsidenten George H. W. Bush und der Großvater des späteren US-Präsidenten George W. Bush. Die *Union Banking Corporation* fungierte als Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft für internationale Vermögenswerte aus dem Umfeld des Thyssen-Konzerns, auch mit Bezug nach Deutschland. Diese

Verbindungen führten 1942 zur Beschlagnahmung der *Union Banking Corporation* durch die US-Regierung aufgrund des *Trading with the Enemy Act*.

Der amerikanische Automobilriese *General Motors* hatte 1929 die *Adam Opel AG* vollständig übernommen. Die Werke produzierten später Lastwagen und Motoren für die Wehrmacht. Während des Krieges arbeiteten dort Zwangsarbeiter. Ähnlich verlief die Entwicklung bei *Ford Motor Company*. Die *Ford-Werke Köln* stellten Militärfahrzeuge her und setzten ebenfalls Zwangsarbeiter ein.





Passend dazu prägte die Firma Stewart-Warner, ein Industrieunternehmen aus Chicago in den USA, im Jahr 1932 die abgebildete Münze. Es handelte sich um einen Werbetoken aus Amerika, entstanden inmitten der Weltwirtschaftskrise, der Konsum und Zuversicht befördern sollte. Seine Symbolik wirkt in der Rückschau verstörend: Hakenkreuz, Davidstern und das Auge der Vorsehung wurden übereinandergelegt, als ließen sich die Bedeutung und Geschichte kombinieren.

Der amerikanische Technologiekonzern *IBM* lieferte Lochkartenmaschinen über seine deutsche Tochter *Dehomag*. Diese Hollerith-Systeme unterstützten Volkszählungen, Transportverwaltung und die bürokratische Organisation der Konzentrationslager. Die Maschinen wurden nicht verkauft, sondern vermietet und mussten regelmäßig gewartet werden. Dadurch waren *IBM*-Mitarbeiter der deutschen *Dehomag* in die Verwaltung der NS-Bürokratie eingebunden, auch in den Konzentrationslagern. Wie viel *IBM* in New York über die konkrete Nutzung ihrer Lochkartenmaschinen wusste, bleibt bis heute umstritten.

Fakt ist: Die Nazis nutzten die Hollerith-Technologie massiv. Bereits 1933 setzten sie die Hollerith-Systeme bei einer großen Volkszählung ein. Mit

dieser Technik ließ sich die Bevölkerung systematisch nach Herkunft und ›*Rasse*‹ auswerten. Die maschinelle Analyse führte dazu, dass weit mehr Menschen als ›*Juden*‹ identifiziert wurden als zuvor angenommen; etwa zwei Millionen statt der zuvor geschätzten 400.000 bis 600.000. Diese Daten bildeten eine zentrale Grundlage für die nächsten Schritte der nationalsozialistischen Politik: Registrierung, Enteignung und schließlich Deportation.

Meine Recherche ergab: Ein arbeitsfähiges Hollerith-System bestand in der Regel aus einem Tabulator als Herzstück sowie Sortier- und Lochmaschinen zur Erfassung und Auswertung der Daten. Eine Hollerith-Tabuliermaschine kostete rund 25.000 Reichsmark. Anfang der 1930er Jahre konnte man für 20.000 bis 30.000 Reichsmark bereits ein kleines Haus bauen, womit der Preis einer Hollerith-Maschine im Jahre 2026 etwa 500.000 Euro entsprechen würde. Bei einem Preis dieser Größenordnung drängt sich die Frage auf: Würde ein Unternehmen Maschinen dieses Wertes wirklich vermieten, ohne wissen zu wollen, wofür sie eingesetzt werden?

Im Frühjahr 1933, in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft, erschien in der Berliner Propagandazeitung ›*Der Angriff*‹ eine mehrteilige Reportage unter dem Titel ›*Ein Nazi fährt nach Palästina*‹. Ihr Autor, der SS-Offizier Leopold von Mildenstein, reiste gemeinsam mit dem zionistischen Funktionär Kurt Tuchler durch das damalige britische Mandatsgebiet[5] Palästina. Die Darstellung folgte einer gemeinsamen politischen Absicht. Das Leben der Juden in Europa wurde bewusst düster dargestellt, die Perspektive in Palästina übertrieben lichtvoll gezeichnet. Der Jude in Deutschland sei erschöpft, entwurzelt, ohne Zukunft. Aber der ›*neue Jude*‹ sei ein Ideal, körperlich arbeitend, landverbunden, national organisiert. Diese Gegenüberstellung war selbstredend konstruiert. Sie diente einer politischen Kooperation. Nationalsozialistische Propaganda und zionistische Zielsetzung berührten sich in diesem Punkt: der Förderung der Auswanderung nach Palästina. Die Motive unterschieden sich, aber ihr Ergebnis fiel zusammen.

5 Mandatsgebiet: Bezeichnung für Territorien, die nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund einer Siegermacht zur Verwaltung übertragen wurden, mit dem formalen Ziel, sie schrittweise zur Selbstständigkeit zu führen. Das sogenannte Britische Mandatsgebiet Palästina stand ab 1920 unter der Kontrolle von Großbritannien, nachdem das Gebiet zuvor Teil des Osmanischen Reichs gewesen war.



Es wurde sogar eigens eine Medaille geprägt, die diese Propaganda begleitete. Sie diente als greifbares Symbol der Kampagne und verdichtete ihre Botschaft in ein Objekt. In ihr zeigte sich, wie weit die Inszenierung ging: bis in die materielle Verbreitung einer politisch gewünschten Erzählung

Die Förderung der Auswanderung nach Palästina erschien als pragmatischer Schritt zur ›*Entjudung Deutschlands*‹. Die positive Darstellung jüdischer Siedlungsarbeit diente diesem Ziel.
Das *Ha'avara-Abkommen* von 1933 bündelte diese Logik, um die beworbene Migration auch finanziell zu ermöglichen.

Gerade darin liegt die Spannung, die diese Episode so unerquicklich macht. Der Zionismus erscheint hier nicht nur als Befreiungsbewegung, sondern auch als politischer Akteur, der bereit war, innerhalb eines feindlichen Systems zu operieren und dessen Ziele partiell zu nutzen.

Das Haavara-Abkommen ist ein wichtiges Puzzlestück, das in den Schulbüchern gerne verschwiegen wird. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 befand sich das Deutsche Reich in einer Zwickmühle: Das Regime wollte die jüdische Bevölkerung zur Emigration drängen, ohne dabei die eigene Wirtschaft ernsthaft zu destabilisieren. Gleichzeitig drohte ein internationaler Boykott deutscher Waren, der die ohnehin fragile Exportwirtschaft zusätzlich schwächen konnte.

Auch die Zionisten gerieten unter Druck. Der Zionismus war vor 1933 eine Minderheitsposition. Die meisten deutsche Juden waren stark integriert, kulturell verwurzelt und empfanden sich als Deutsche jüdischen Glaubens. Palästina war kein Sehnsuchtsort von dem sie Postkarten erhielten, sondern galt als schwach entwickeltes Wüstengebiet mit begrenzten Perspektiven. Für

viele Juden in Deutschland und Westeuropa blieb der Zionismus ein ideologisches Streben, eine romantische Vision, eine Fata-Morgana der Wüste ohne praktische Perspektive.

Die Mehrheit der deutschen Juden verstand sich kulturell und staatsbürgerlich als deutsch; Auswanderung nach Palästina erschien ihnen weder notwendig noch attraktiv. Ganz anders in Russland.

Seit 1881 waren Juden im Russischen Reich systematischer Diskriminierung, rechtlichen Beschränkungen und wiederkehrenden Pogromen ausgesetzt. Die Gewalt löste eine massive Auswanderung aus; rund 2,5 Millionen Menschen verließen Russland. Die meisten suchten ihr Glück in den USA oder in Westeuropa. Palästina blieb ein kleiner, vor allem ideologisch motivierter Zielpunkt.

Zeitgleich begann die zionistische Clique – so klein sie auch war, so reich war sie auch – bereits 1880 systematisch Land in Palästina aufzukaufen. Ein bedeutender Förderer früher Siedlungsprojekte war Baron Edmond de Rothschild, der ab den 1880er-Jahren landwirtschaftliche Kolonien unterstützte und erhebliche Mittel für Infrastruktur, Weinbau und Bewässerung bereitstellte. Auch andere wohlhabende jüdische Familien engagierten sich finanziell. Zentrale Rolle spielte dabei später der *Jewish National Fund*, gegründet 1901, dessen Aufgabe der Ankauf von Land in Palästina war. Finanziert wurde er durch Spenden aus jüdischen Gemeinden weltweit.

Zu den frühen jüdischen Kolonien, die Baron Edmond de Rothschild finanzierte, gehörten *Rishon LeZion, Zikhron Ya'akov, Rosh Pina* und später *Metulla*. Edmond de Rothschild stellte das Kapital für Landkäufe bereit, finanzierte Bewässerung, Straßen, Wohnhäuser und landwirtschaftliche Betriebe. Er ließ Fachleute aus Europa kommen, führte moderne Anbaumethoden ein und übernahm lange Zeit selbst die wirtschaftliche Verwaltung der Kolonien. Ohne diese dauerhafte Finanzierung wären viele der frühen Siedlungen gescheitert. Edmond de Rothschild schuf damit die wirtschaftliche Grundlage, auf der sich eine dauerhafte jüdische Gemeinschaft entwickeln konnte. Darum nennen ihn Zionisten bis heute auch *›Ha-Nadiv Ha-Yadu'a‹*, was *›der bekannte Wohltäter‹* bedeutet.

Um diese Siedlungen dauerhaft zu stabilisieren, gründete Edmond de Rothschild Organisationen, die Besitz, Verwaltung und Entwicklung bündelten. Die wichtigste davon war die *Palestine Jewish Colonization Association.* Diese Gesellschaft übernahm große Landflächen, organisierte

Kredite, Landwirtschaft und Infrastruktur. Auf diese Weise entstanden stabile Strukturen, die später von der jüdischen Gemeinschaft in Palästina weitergetragen wurden.

Der Zionismus war vor 1933 getragen von religiöser Überzeugung und finanzieller Unterstützung einzelner Förderer. Für ökonomisch schwache Juden blieb die Umsiedlung suspekt. Sie bedeutete den Verlust vertrauter Lebenswelten zugunsten eines unsicheren Projekts in einem konfliktreichen Gebiet. Das Kapital kam vielfach aus wohlhabenden Kreisen Westeuropas, die selbst in ihren Heimatländern blieben, während die praktische Auswanderung, Siedlungsarbeit, landwirtschaftlicher Aufbau, von weniger vermögenden Juden aus Osteuropa getragen wurde. Die Finanzierung des Zionismus und das Risiko der Besiedelung wurden von unterschiedlichen Gruppen getragen.

Die Forschung lässt in diesem Punkt wenig Raum für romantische Projektionen. Der Wirtschaftshistoriker Avraham Barkai beschreibt die jüdische Bevölkerung im Deutschen Reich bis 1933 als weitgehend staatsbürgerlich integriert. Zionismus war keine kollektive Sehnsucht, sondern eine politische Vision der Elite. Auch Marion Kaplan, spezialisiert auf die jüdische Alltagsgeschichte im Nationalsozialismus, zeigt, wie tief das jüdische Lebe in die deutsche Kultur, die deutsche Sprache und Gesellschaft eingebettet war. Auswanderung war vor 1933 kein Massenimpuls, sondern eine extreme Ausnahme.

Indes entstand in Palästina für Juden aus Europa der Spitzname ›*Yekke*‹. Das Wort leitet sich vermutlich vom deutschen ›*Jackett*‹ ab und ist eine Anspielung darauf, dass deutsche Juden selbst im heißen Klima des Nahen Ostens einen Anzug, mit Jackett und Krawatte trugen. Die Bezeichnung ›*Yekke*‹ wurde also spöttisch für Juden verwendet, die mental noch in Berlin, Wien oder Prag lebten, während der Zionismus sie nach Palästina geführt hatte.

Auch der Gründervater des politischen Zionismus, Theodor Herzl, griff diese Assimilation offen an. In seinem polemischen Essay ›*Mauschel*‹ (1897) verspottete er jene Juden, die sich kulturell vollständig in Europa eingerichtet hatten und den Zionismus ablehnten. Für Herzl waren diese Juden das eigentliche Hindernis seines Projekts. Juden, die sich zurecht als Europäer verstanden und deshalb keinen jüdischen Staat ersehnten.

Im Juni 1933 legte die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* eine Denkschrift zur ›*Stellung der Juden im neuen Staat*‹ vor. Der Text richtete sich

an die nationalsozialistischen Behörden, worin sie erklären, weshalb zionistische Organisationen weiterhin tätig sein mussten.

Der Zionismus verstand sich als nationale Bewegung des jüdischen Volkes. Aus dieser Perspektive zog die Denkschrift eine einfache Schlussfolgerung: Wenn der NS-Staat sich selbst als nationale Volksgemeinschaft definierte, bestätige das indirekt die zionistische Grundannahme, dass auch Juden ein eigenes Volk seien. Integration sei deshalb keine Lösung mehr. Die politische Konsequenz müsse die nationale Selbstständigkeit des jüdischen Volkes sein und die Rückkehr nach Palästina.

Die Denkschrift formulierte dies ausdrücklich:

›Der Zionismus glaubt, daß die Wiedergeburt des nationalen Lebens eines Volkes, wie sie sich jetzt in Deutschland vollzieht, auch für das jüdische Volk kommen wird. Auch für das jüdische Volk müssen Abstammung, Religion, gemeinsames Schicksal und das Bewußtsein seiner Einzigartigkeit von entscheidender Bedeutung für seine Existenz sein.‹

Und weiter:

›Der Zionismus will die Auflösung des jüdischen Volkstums durch Liberalismus und Assimilation überwinden und das jüdische Volk zu einem eigenständigen nationalen Leben führen.‹

Kurzum: Zionistische Organisationen sollten nicht verboten werden, weil ihr Ziel die Auswanderung der Juden aus Deutschland war. Die Auswanderung nach Palästina sollte organisieren und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Staatsgründung geschaffen werden.

Mit der zunehmenden Verfolgung durch das NS-Regime ab 1933 veränderte sich die Lage für Juden in Europa radikal. Emigration wurde für viele eine Frage des Überlebens. Gleichzeitig verschärfte sich das internationale Umfeld. Die meisten Staaten weigerten sich, große Zahlen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Ein Beispiel ist die *Évian-Konferenz.* Bei dieser Konferenz, die auf Initiative von US-Präsident Roosevelt stattfand, erklärten sich 32 Staaten zwar besorgt über die jüdische Flüchtlingslage, doch kaum Jemand war bereit, die Flüchtlinge aufzunehmen. Großbritannien, welches das Mandatsgebiet Palästina verwaltete, begrenzte die jüdische Einwanderung mit dem *›White Paper‹* von 1939. Auch die USA hielten an ihren strengen Einwanderungsquoten fest. Am Ende der *Évian-Konferenz* erklärten fast alle

Regierungen, die Flüchtlingen nicht aufnehmen zu können. Für viele Juden blieb damit nur die Emigration nach Palästina. Ob geplant oder nicht, es entstand ein Korridor der in ›*Zion*‹ mündete.

Wie ich noch genauer belegen werde, lässt sich der Einfluss zionistischer Netzwerke auf die politischen Entscheidungen jener Zeit deutlicher nachzeichnen, als es in der heutigen Forschung dargestellt wird. Bereits im unmittelbaren Umfeld von Franklin D. Roosevelt existierte ein Kreis einflussreicher Zionisten.

Zu diesem Umfeld gehörten etwa der Rabbiner Stephen Samuel Wise, Präsident des American Jewish Congress und ein wichtiger politischer Gesprächspartner des Präsidenten, sowie der Supreme-Court-Richter Louis D. Brandeis, einer der führenden Zionisten der Vereinigten Staaten. Auch Felix Frankfurter, enger Vertrauter Roosevelts und später selbst Richter am Supreme Court, stand in engem Austausch mit zionistischen Führern. Der Finanzminister Henry Morgenthau Jr. gehörte ebenfalls zum inneren Kreis der Obrigkeit. Auf internationaler Ebene wiederum pflegte der zionistische Diplomat Chaim Weizmann intensive Kontakte nach Washington und versuchte, politische Unterstützung für das zionistische Projekt zu gewinnen.

Dieses Geflecht aus politischen Beratern, Juristen, Diplomaten und religiösen Führern bildete ein Netzwerk, das den Zugang der zionistischen Bewegung zu den höchsten Ebenen der amerikanischen Politik erheblich erleichterte.

Entlarvend ist die Reaktion führender Zionisten nach den Pogromen der ›*Kristallnacht*‹ im November 1938. Im Zentrum der Diskussion stand nicht in erster Linie das unmittelbare Leid der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, sondern die politische Wirkung der weltweiten Empörung. Das wachsende internationale Mitgefühl konnte Regierungen dazu bewegen, ihre Einwanderungsbeschränkungen zu lockern und jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Genau darin sah David Ben-Gurion eine Gefahr für das zentrale Ziel der zionistischen Bewegung.

David Ben-Gurion war einer der führenden Zionisten des 20. Jahrhunderts und eine zentrale Figur bei der Umsetzung der zionistischen Idee. Als Leiter der *Jewish Agency* prägte er die politische Strategie der jüdischen Bewegung in Palästina maßgeblich. 1948 verkündete er die Gründung des Staates Israel und wurde dessen erster Ministerpräsident. In der historischen Forschung gilt er als Schlüsselfigur des Zionismus, also der politischen Realisierung des Projekts.

In einer Sitzung der *Jewish Agency* im Jahr 1938 sagte er:

›Wenn ich wüsste, dass man alle Kinder Deutschlands retten könnte, indem man sie nach England bringt, und nur die Hälfte, indem man sie nach Eretz Israel bringt, würde ich Letzteres wählen.‹

Die Aussage ist belegt und spiegelt David Ben-Gurions Priorität. Für ihn stand der Aufbau eines jüdischen Staates über der bloßen Rettung jüdischer Flüchtlinge. Ben-Gurion spricht von ›*Eretz Israel*‹. Dieser Ausdruck stammt aus dem Hebräischen, bedeutet wörtlich ›*Land Israel*‹ und bezeichnet das biblisch ›*verheißene Land*‹, das in der religiösen und zionistischen Vorstellung als historische Heimat des jüdischen Volkes gilt.

Seine Überlegung liest sich erschütternd, sofern zahlreiche Staaten ihre Grenzen öffnen würden, könnten sich die Flüchtlingsströme über viele Länder verteilen. Die Masseneinwanderung nach Palästina – die politische Grundlage für den Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens dort – würde an Kraft verlieren.

Für Ben-Gurion stand deshalb nicht die Rettung möglichst vieler Juden im Mittelpunkt, sondern die langfristige Zukunft eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina. Das er sich dabei auf schutzbedürftige Kinder bezieht, empfinde ich als besonders irritierend.

Eine weltweite Aufnahme jüdischer Flüchtlinge hätte den politischen Druck auf Großbritannien reduziert, Palästina für eine große jüdische Einwanderung zu öffnen. Die Wohltätigkeit der Ländern hätte – aus der Sicht der zionistischen Führung – das strategische Ziel eines jüdischen Staates geschwächt. Das sind belegte Aussagen der zionistischen Führung.

Das von den Zionisten ausgehandelte Haavara-Abkommen ermöglichte deutschen Juden, einen Teil ihres Vermögens über Warenexporte nach Palästina zu transferieren. Das Geld floss über den Kauf deutscher Produkte in Deutschland, die erst in Palästina verkauft werden durften. Deutschland stabilisierte seinen Export und zionistische Organisationen erhielten Kapital für den Aufbau ihrer Siedlungen.

Das Haavara-Abkommen war eine öffentlich verhandelte Kooperation. Für das NS-Regime waren die Zionisten hilfreich beim Exodus der Juden aus Deutschland. Während die Nationalsozialisten Juden aus Europa verdrängen wollten, sahen Zionisten die jüdischer Migration als eine historische Chance

für ihr Siedlungsprojekt. Je unerträglicher die Lage der Juden in Europa wurde, desto breiter wurden die Flüchtlingsströme in Richtung Palästina.

Wie bereits erwähnt, übersetzte der Zionismus eine religiöse Verheißung in ein politisches Programm. Sobald Prophetie zur weltlichen Strategie wird, verschiebt sich die Moral. Der Zweck heiligt die Mittel. Gerade das Haavara-Abkommen zeigt diese Spannung in aller Schärfe. Teile der zionistischen Führung waren bereit, mit dem NS-Regime zu kooperieren, solange dies die Auswanderung nach Palästina förderte. Die Vernichtung der europäischen Juden beschleunigte die politische Durchsetzung des zionistischen Projekts dramatisch. Aus einer religiösen Verheißung wurde Realität.

Das Haavara-Abkommen demonstriert, wie leicht religiös aufgeladene Ziele den moralischen Kompass verbiegen. Wo die Verwirklichung einer göttlichen Prophezeiung zum politischen Ziel wird, beginnt Moral zu erodieren und plötzlich erscheint jedes Mittel legitim.

Irritierend ist im Zusammenhang mit den Konzentrationslagern und der *Shoa* auch der fehlende Widerstand im Zentrum der Macht. 1943 und 1944 versuchten jüdische Aktivisten in Washington, die US-Regierung zum Handeln zu bewegen. Das Netzwerk um Peter Bergson organisierte teure Anzeigenkampagnen und politische Aktionen. Hunderte Rabbiner marschierten zum Weißen Haus und forderten ein sofortiges Eingreifen zur Rettung der Juden Europas.

Doch im inneren Zirkel um Präsident Franklin D. Roosevelt stießen diese lautstarken Forderungen auf Argwohn. Der Berater Samuel I. Rosenman und andere Mitarbeiter betrachteten die Kampagnen zur Rettung der Juden als politisch heikel und bemühten sich, ihre Lautstärke zu dämpfen. Samuel I. Rosenman stand in engem Kontakt mit führenden Zionisten, etwa Chaim Weizmann, der später erster Präsident Israels wurde.

Auch militärisch blieb die Reaktion auf den Holocaust verhalten. Vorschläge, die Bahnlinien zum Vernichtungslager *Auschwitz-Birkenau* zu bombardieren, wurden abgelehnt. Der stellvertretende Kriegsminister John J. McCloy erklärte, solche Operationen würden militärische Ressourcen vom Krieg abziehen. Er wurde kurze Zeit danach Präsident der *Weltbank*, die 1944 auf der Bretton-Woods-Konferenz gegründete wurde. Eine internationale Bank, geschaffen, um nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau Europas zu finanzieren.

Während die USA zögerten, arbeitete die deutsche Vernichtungsindustrie

ohne Unterbrechung weiter. Zugleich verwandelte sich das kleine Rinnsal der Flüchtlinge nach Palästina in einen breiten Strom.

** Fortsetzung folgt **

Unterstütze meine Arbeit!
Erzähle deinen Freunden und Bekannten davon.
Gedanken entfalten nur Wirkung,
wenn sie geteilt werden.